

sozial verantwortlich Zukunft gestalten



SCHWERPUNKT

Katholische
Soziallehre

PRAXIS_NAH

Fridays For
Future

PUNKT_GENAU

Die ruhigen Zeiten
sind vorbei

ksoe blog

Alternatives Wirtschaften
Führung & Partizipation
Soziale Gerechtigkeit

ca. 40 Beiträge pro Jahr

Sie möchten immer aktuell
informiert sein über das Erscheinen
des neuesten blog-Beitrags?

ksoe blog abonnieren unter
<https://blog.ksoe.at>

Weitere Dossiers

Auf unserer Website finden Sie drei
ausgewählte Dossiers zum Problelesen.

- 2/2017 Demokratie stärken
- 2/2018 Solidarische Ökonomien
verbinden
- 1/2019 digital + geschlechtergerecht

pdf-Download unter
<https://www.ksoe.at>

Impressum und Offenlegung nach § 25 MedienG

Medieninhaberin und Herausgeberin:
Katholische Sozialakademie Österreichs
Schottenring 35/DG, A-1010 Wien, vertreten durch
Dr.ⁱⁿ Magdalena M. Holztrattner MA, Direktorin

Herstellerin: Medienfabrik Graz GmbH,
Dreihackengasse 20, 8020 Graz

Herstellungsort: 8020 Graz

Verlagsort: 1010 Wien

Blattlinie:

Nachrichten und Stellungnahmen der Katholischen
Sozialakademie Österreichs zu Fragen des
gesellschaftlichen Lebens entsprechend dem in
ihrem Statut definierten Auftrag und den Kriterien
der Sozialdokumente des kirchlichen Lehramtes.

Es werden keine Beteiligungen an Medienunter-
nehmen oder Mediendiensten gehalten.

Heftredaktion:

Daniela Ebeert, Magdalena Holztrattner, Bernhard
Leubolt, Gabriele Lindner, Markus Schlagnitweit

Grafische Produktion: Konstanze Pichler

Alle: Schottenring 35/DG, 1010 Wien
Tel. +43-1-310 51 59, redaktion@ksoe.at

Grafikdesign: Christoph Almasy, www.almasy.at

Papier: chlorfrei gebleichtes Biotop 3; Nachdruck
mit Quellenangabe (ksoe) gestattet.

Bildnachweis:

Titelbild: Robert Kneschke, shutterstock
S.3, 4, 10, 11: © J. Godany
S.9, 17: Fridays for Future Wien
S.13, 15: Mauro Mora, unsplash
S.19, 24: Grafik © Anna Egger / F: © J. Godany
S.21: Randy Colas, unsplash
S.23: <https://www.undp.org>
S.26: © derknopfdruecker.com

sozial verantwortlich Zukunft gestalten

Die ksoe hat heuer unter diesem Motto ihren 60. Geburtstag gefeiert. Es gab dazu viele inspirierende Beiträge und Grußworte.

Auch wenn man grundsätzlich diskutieren kann, ob Zukunft überhaupt gestaltbar ist, so ist doch klar: den Grundstein für unsere Zukunft legen wir jetzt.

Wir wünschen eine spannende Lektüre!

- | | | | |
|----|--|----|--|
| 4 | gestaltungs_räume
ZukunftsgestalterInnen
Demokratie lernen
Sichtbar werden | 18 | Gutes Leben für alle - auch für morgen |
| 6 | Katholische Soziallehre -
zukunftstauglich | 20 | Die Expertise der vielen
Demokratisierung |
| 10 | 60 Jahre ksoe
Alexander Van der Bellen
Marianne Gronemeyer | 22 | Zur sozialen Dimension von Nachhaltigkeit |
| 12 | Transformationen zu einer solidarischen Lebensweise | 24 | freies_gut
Soziallehre-Videos
Theologie der Befreiung
Christlich geht anders |
| 16 | praxis_nah
Jesuiten für Europa
Fridays For Future | 26 | punkt_genau
Die ruhigen Zeiten sind vorbei - ethische Standpunkte |

EDITORIAL



Magdalena Holztrattner
Leiterin der ksoe

Welche Zukunft erträumen wir? Für wen wird das gute Leben in dieser Zukunft möglich sein? Wenn wir unsere Realitäten heute in den Blick nehmen – welche Zukunft dürfen wir dann erwarten? Welche Ansatzpunkte haben wir hier und heute schon, um eine Zukunft zu ermöglichen, die als Ergebnis sozial verantwortlichen Gestaltens das gute Leben *aller* ermöglicht?

Nachhaltigkeit wird so verstanden als Gerechtigkeit über Generationen hinaus, die rechtliche Rahmenbedingungen und individuelles Handeln erfordert. Denn heute geht es um die Zukunft aller Menschen.

Das hier vorliegende Dossier bietet grundsätzliche Reflexionen, konkrete Handlungsorte und sozialetische

Orientierungslinien, die aufrütteln und ermuntern, orientieren und zum Nachdenken anregen wollen.

Erwähnenswert ist dabei der neue Lehrgang der ksoe, der für ZukunftsgestalterInnen Räume eröffnet, um ihr gesellschaftliches Handeln sozial verantwortlich und damit zukunftstauglich auszurichten.

Ein Schwerpunkt liegt auf der Frage nach einer nachhaltigen Gestaltung unseres Lebens- und Produktionsstils, der unsere Mitwelt, unsere „Mutter Erde“ und dadurch die Zukunft der Menschheit direkt betrifft. Junge Menschen, die sich z.B. bei Fridays For Future engagieren, sind dafür - auch in diesem Dossier - Sprachrohr und Triebkraft der Veränderung.

gestaltungs_räume

SOZIALE VERANTWORTUNG

Lehrgang für ZukunftsgestalterInnen



Bernhard Leubolt und Gabriele Lindner

Was kann ich tun, damit unsere Gesellschaft gerechter wird? Wie kann ich dazu beitragen, dass unsere Welt auch für zukünftige Generationen lebenswert ist? Das sind die zentralen Fragen, die Frauen und Männer zur Teilnahme am Lehrgang Soziale Verantwortung motivieren. Sie kommen mit unterschiedlichen Erfahrungen und Hintergründen von nationaler Herkunft, Beruf und Weltanschauung. In einem intensiven Lernprozess erfahren sie Inspiration und Ermutigung.

Sozial-Ethik als Orientierung

ZukunftsgestalterInnen orientieren sich bei ihrem Handeln am „inneren Kompass“ ihrer Werte und Überzeugungen. Im persönlichen Lebensalltag dominieren häufig unreflektierte Gewohnheiten und Sachzwänge. Der Lehrgang bietet Raum und Zeit, inne zu halten und sich der Frage zu stellen, was ein gutes Leben für alle Menschen heute, morgen und übermorgen ausmacht. Gesellschaftliche Visionen

wie die „Sustainable Development Goals“ der UNO, Dokumente von Papst Franziskus oder auch von VordenkerInnen einer sozial-ökologischen Transformation haben dabei Leuchtturmcharakter. Sie bieten Ansatzpunkte für kritische Positionierung und für konkrete Gestaltungsansätze. Dabei geht es immer um beides: persönliches Verhalten einerseits, und gesellschaftliche Verhältnisse andererseits.

Ermutigung durch lebbare Alternativen

Die Analysen gegenwärtiger Krisen sind weitgehend bekannt: Klimakrise, Demokratiekrise, wachsende Armut und soziale Ungerechtigkeit weltweit. Wer Zukunft gestalten will, muss in der Lage sein, über das Bestehende hinaus zu denken. Beim Lehrgang ist es die Begegnung mit alternativen Theorien und gelebten Praxen solidarischer Ökonomie und demokratischer Partizipation, die neue Einsichten verschaffen. Eine besondere Rolle spielen dabei die Module in Brüssel und Barcelona, aber auch die Diskurscafés des Lehrgangs, in denen Geschichten der Hoffnung erzählt werden. Sie motivieren und stacheln an, auch selbst ins Handeln zu kommen.

Innovation Lab für zukunftsorientierte Projekte

Von Beginn an geht es darum, dass die TeilnehmerInnen zukunftsorientierte Projekte der Veränderung entwickeln. Als Innovation Lab bietet der Lehrgang bewährte Methoden, damit Neues entstehen und nachhaltig wirksam werden kann. Vielfältige Kompetenzen können dabei eingeübt werden wie Dialog und Partizipation, Kooperation und Konfliktfähigkeit, Vermittlung und Überzeugungsfähigkeit. Im Rahmen einer Abschlussveranstaltung werden die Projekte präsentiert und damit einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Zukunft ist das Produkt gemeinsamer Anstrengungen. Es geht darum, Zukunft sozial verantwortlich zu gestalten.

„Demokratie braucht Bildung“ Für ein lebenslanges Lernen von Demokratie

Laut einer aktuellen Umfrage von INTEGRAL¹ halten 90% der ÖsterreicherInnen die Demokratie für die beste Staatsform im Land. Gleichzeitig sind 40% mit der aktuellen Umsetzung von Demokratie in Österreich unzufrieden und sehen sie in Gefahr. Sozial- und BildungswissenschaftlerInnen wie Elke Gruber und Oskar Negt betonen, dass Demokratie gelernt und immer wieder neu aufgefrischt werden muss.

Die 2009 gegründete AG „Demokratie braucht Bildung“ engagiert sich für eine aktive Erwachsenenbildung zur Förderung der Demokratie in Österreich. Sie besteht aus einem heterogenen Netzwerk von Initiativen und Einrichtungen der politischen, emanzipatorischen Erwachsenenbildung:

- arge region kultur - Arbeitsgemeinschaft für regionale Kultur und Bildung
- Joan Robinson – Verein zur Förderung frauengerechter Verteilung ökonomischen Wissens

- Katholische Frauenbewegung Österreichs
- ksoe - Katholische Sozialakademie Österreichs
- Transform.at
- Verein Frauenhetz – Feministische Bildung, Kultur und Politik / Wien
- WIDE – Entwicklungspolitisches Netzwerk für Frauenrechte und feministische Perspektiven

Aus der AG entstehen gemeinsame Veranstaltungen und Stellungnahmen, um zur Stärkung von Demokratie beizutragen. Inhaltlich ging es u.a. um Medienvielfalt und –qualität, EU-Wahlen, notwendige demokratische Erneuerungen anlässlich des 100. Jahrestages der Republik Österreich.

¹ Vier von zehn Befragten sehen die Demokratie in Gefahr. INTEGRAL-Studie zum Tag der Demokratie (15.9.). Online verfügbar unter: https://www.integral.co.at/downloads/Presstext/2019/09/Presstext_Tag_der_Demokratie_-_Sep.pdf

PLATTFORM

„Sichtbar Werden“. Initiative von Menschen mit Armutserfahrung

Die Plattform „Sichtbar Werden“ ist ein Teil der österreichischen Armutskonferenz. Sie ist ein Zusammenschluss von Menschen und Initiativen mit Armuts-, Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen.

Die beteiligten AktivistInnen vertreten als Delegierte die Interessen zahlreicher Initiativen und Vereine für Armutsbetroffene. Sie sind aufgrund ihrer täglichen Erfahrungen mit Armut ExpertInnen und setzen sich für Anerkennung und Wertschätzung der Gesellschaft ein. Die Plattform entwickelt Veränderungsstrategien gegen die Spaltung der Gesellschaft und zur Stärkung sozialer Rechte. Außerdem zeigt sie auf, wie wertvoll ein soziales Netz für alle Menschen in Österreich ist – besonders, weil fast jede/r Vierte in Österreich von Armut betroffen ist.

In enger Zusammenarbeit mit der Armutskonferenz setzt sich die Plattform „Sichtbar Werden“ ein für:

- existenzsichernde Einkommen und Leistungen
- Kindergrundsicherung und Absicherung im Alter
- leistbares Wohnen

- respektvoller Umgang auf Ämtern und Behörden
- Mitwirken bei politischen Entscheidungen
- gesellschaftliche Akzeptanz und Teilhabe
- lückenloses, barrierefreies Gesundheitssystem
- Aufzeigen des Zusammenhangs von Armut und Krankheit
- einfacher Zugang zu Bildung, Kunst, Kultur und existenzsichernden Informationen
- freie Berufswahl
- Verteilungsgerechtigkeit

Die Plattform arbeitet mit der Überzeugung, dass die Verwirklichung sozialer Menschenrechte die Grundlage für ein demokratisches, würdevolles, gutes und selbstbestimmtes Zusammenleben aller ist. Konkrete Aktivitäten umfassen Arbeitsgruppen in Bundesministerien, internationale Vernetzung im European Anti Poverty Network in Brüssel, öffentliche Aktionen wie z.B. das „Parlament der Ausgegrenzten“, Austausch mit politischen EntscheidungsträgerInnen, Medienarbeit und vieles mehr.

www.armutskonferenz.at

SCHWERPUNKT

Katholische Soziallehre - zukunftsstauglich



Sozial verantwortliche Zukunftsgestaltung ist heute ohne eine auch ökologisch nachhaltige Politik nicht mehr zu denken. In den Augen vieler Menschen hat es viel zu lange gedauert, bis dieser Zusammenhang auch von der kirchlichen Sozialverkündigung aufgegriffen wurde. Tatsächlich gilt in der öffentlichen Wahrnehmung erst die Enzyklika „Laudato si“ des gegenwärtigen Bischofs von Rom Franziskus als erstes päpstliches Lehrschreiben, das sich dezidiert der ökologischen Verantwortung widmet.

Viele von dieser Frage bewegte ChristInnen halten deshalb dafür, den klassischen Prinzipienkanon der Katholische Soziallehre (KSL), ausgehend von „Laudato si“¹, einfach um ein Prinzip „Nachhaltigkeit“ zu erweitern.

Prinzip „Nachhaltigkeit“?

Nun ist gegen eine solche Erweiterung per se noch nichts einzuwenden. Es fragt sich allerdings, ob eine solche, bloß additive Verlängerung ihres Prinzipienkanons schon alles ist, was die Kirche der zeitgemäßen Weiterentwicklung ihrer Sozialverkündigung schuldet. Bleiben die anderen Prinzipien – ihre Formulierung, ihr Verständnis und ihre Anwendung – von dieser Erweiterung etwa unberührt?

Zunächst trifft die Annahme, die kirchliche Sozialverkündigung hätte das Prinzip Nachhaltigkeit erst jetzt für sich „entdeckt“, so gar nicht zu. Führende Vertreter der KSL entwickelten etwa schon vor Jahrzehnten eine bis heute wegweisende Definition des Gemeinwohlprinzips, die sich keineswegs nur auf die Gegenwart bezieht, sondern auch auf die legitimen Lebensinteressen künftiger Generationen. Das Gemeinwohl ist demnach „das größte Glück aller einzelnen in Gegenwart *u. Zukunft* mit vorrangiger Beachtung vitaler Lebensbedürfnisse für alle.“¹ – Bleibt angesichts solcher Formulierungen die Frage, wie der Eindruck einer „Zukunftsvergessenheit“ seitens der KSL entstehen konnte. Hier mag ein gewisses Versäumnis eingeräumt werden, insofern die Sorge um das „größte Glück aller Einzelnen in der (jeweiligen) Gegenwart“ die Aufmerksamkeit möglicherweise zu sehr auf sich gezogen haben mochte, als dass die Ansprüche einer nachhaltigen *Zukunft* für alle in gleicher Weise berücksichtigt worden wären. Hier scheint es zu Recht Nachholbedarf zu geben. Notwendig erscheint mir deshalb eine Neubuchstabierung der klassischen Soziallehre-Prinzipien unter Einbeziehung der Erfordernisse ökologischer Nachhaltigkeit. Einige Anregungen dazu will dieser Artikel geben.

Personalität ...

Das Personalitätsprinzip als Mitte der kirchlichen Sozialverkündigung beansprucht universale Gültigkeit für alle Menschen, unabhängig

von jedweden Diskriminierungsmerkmalen. Häufig bleibt dabei jedoch der Blick auf die Gesamtheit aller aktuell lebenden Menschen (und in konkreten Fällen sogar nur innerhalb einer sozialen Einheit) beschränkt. Müssten unter Einbeziehung des Prinzips Nachhaltigkeit hier aber nicht auch die legitimen Lebens- und Entwicklungsinteressen künftiger, noch gar nicht lebender Generationen mit im Blick sein und in politischen Prozessen sogar Anspruch auf entsprechende Anwaltschaft und politisch gleichberechtigte Vertretung haben? Wie so eine „Beteiligung“ künftiger Generationen am politischen Interessenausgleich ohne paternalistische Bevormundung konkret umgesetzt werden und gelingen kann, muss hier offen bleiben. Am ehesten kommen dafür regelmäßig wiederkehrende demokratische Vorgänge zur Festlegung verbindlicher Entwicklungsziele in Betracht (analog zu den UN-Sustainable Development Goals), denen gegenüber alle politischen Entscheidungen und Maßnahmen der Gegenwart unbedingt rechenschaftspflichtig sind.

... Gemeinwohl

Diese Priorisierung einer „Zukunftstauglichkeit“ lässt sich aus einer Analogie zum Gemeinwohlbegriff der Katholischen Soziallehre begründen: Dem zufolge werden die individuellen Interessen einer Person klar dem Gemeinwohlinteresse untergeordnet (ohne deshalb deren unbedingte Personenwürde zugunsten des Kollektivs zu beschneiden!). Beschränkt wird die Legitimität dieser Einzelinteressen überdies durch die „vorrangige Beachtung vitaler Grundbedürfnisse für alle“. Diese Unterordnung von Einzelinteressen ist aber eigentlich deren Einordnung in das Gemeinwohl als das größtmögliche Glück aller Einzelnen, weil davon ausgegangen wird, dass das Glück einer einzelnen Person letztlich im so verstandenen Gemeinwohl aufgehoben ist; das individuelle Glücksstreben kann also – zumindest in einer längerfristigen Betrachtung und im Rahmen seiner Legitimität – gar nicht mit dem Gemeinwohl in Konflikt geraten. Wenn also das Glücksstreben einer sozial kleineren Einheit faktisch im größtmöglichen Glück der sozial jeweils größeren Einheit aufgehoben und verwirklicht ist, dann folgt daraus, dass auch das größtmögliche Glück aller Einzelnen in

der Gegenwart im größtmöglichen Glück aller Einzelnen in Gegenwart und Zukunft (als der noch größeren Gesamtheit) aufgehoben und verwirklicht ist. Daraus lässt sich logisch eine klare Priorisierung von Nachhaltigkeitserfordernissen gegenüber kurzfristigeren politischen Zielen ableiten.

Subsidiarität ...

Diese Argumentation könnte nun freilich als Widerspruch zum Subsidiaritätsprinzip der KSL aufgefasst werden: Dieses priorisiert ja die Selbstregelungskompetenz und Eigenverantwortung kleinerer sozialer Einheiten und verteidigt sie gegen die Einmischung größerer sozialer Instanzen; diese haben sich auf rein subsidiäre Leistungen zur Ermöglichung und Förderung von Eigenverantwortung zu beschränken. Dieser Widerspruch ergibt sich aber nicht notwendigerweise: Die vorangehende Argumentation schreibt lediglich eine Vorrangigkeit von Nachhaltigkeitsinteressen gegenüber kurzfristigen Interessen fest. Sie unterstellt aber keineswegs, dass kleinen sozialen Einheiten im Vergleich zu größeren in jedem Fall auch ein kurzfristigerer bzw. egois-

tischerer Interessenshorizont eignet. Freilich ist eine gewisse Gefährdung in diese Richtung gegeben, weil kleinen Gruppen möglicherweise Einsicht und Wissen über die langfristigen und entfernten Folgen ihres Handelns fehlen. An diesem Punkt wäre dann aber von einer Überforderung dieser kleinen Einheiten zu reden und damit die Legitimation für ein subsidiäres Eingreifen größerer sozialer Instanzen gegeben. Dieses hat dann freilich nicht im Sinne einer totalitären Regulierung und Bevormundung zu erfolgen, sondern im Sinne des Absteckens von Handlungsrahmen, der Aufklärung und Bildung sowie der Initiierung von Kommunikationsprozessen zwischen einzelnen Interessensgruppen. Dass die (demokratische) Festlegung von verbindlichen Entwicklungszielen nur auf der Ebene großer sozialer Einheiten (EU, UNO, ...) geschehen kann, liegt aufgrund der Komplexität der Materie auf der Hand. Die Festlegung und Umsetzung konkreter Schritte zur Erreichung dieser Ziele hat aber gestuft auf kleineren Ebenen zu erfolgen.

... Solidarität

Die wohl größte Herausforderung und zugleich Bedingung für die Durchsetzung einer zukunftstauglichen Politik bildet die Darstellung der solidarischen Verbundenheit gegenwärtiger und zukünftiger Generationen. Solidarität ist für die KSL ja nicht in erster Linie ein moralischer Gesinnungsappell, sondern „Seinsprinzip“. Es gibt keine funktionierende humane Gesellschaft ohne Solidarität. Sie ist die notwendige Konsequenz und Ausdruck der gegenseitigen Verbundenheit der einzelnen Menschen und ihrer sozialen Gruppen im gesellschaftlichen Zusammenleben. Solidarität ist im Sinne der Katholischen Soziallehre zumal immer universal zu verstehen, wenngleich man von konzentrischen Kreisen der Solidarität sprechen kann: So liegt Solidarität etwa innerhalb der eigenen Familie naturgemäß näher als die Solidarität mit Unbekannten oder gar mit noch gar nicht Geborenen. Dennoch darf sich Solidarität niemals nur auf eine bestimmte Gruppe beschränken, weil sie sonst ihre spezifische Qualität verliert und zum Gruppenegoismus verkommt. Nur eine auch mit zukünftigen Generationen solidarische Gesellschaft ist demnach auch eine zukunftstaugliche Gesellschaft. Dabei stellt sich aber eine gleich doppelte Herausforderung: Wie ist diese Generationen übergreifende, überzeitliche Solidarität als Seinsprinzip verständlich, greifbar, fassbar zu machen? Und wie ist diese Solidarität auch institutionell zu organisieren und zu verankern? Eine befriedigende Antwort auf diese Fragen kann an dieser Stelle ehrlicherweise nicht gegeben werden – zumal es bereits in der aktuellen Weltgesellschaft Herkules-Aufgabe genug zu sein scheint, internationale Solidarität in der Gegenwart als Seinsbedingung hinreichend darzustellen und wirksam zu organisieren bzw. zu installieren.

Vorrangige Option für die künftigen Generationen

Bleibt noch ein spezifischer Hinweis für das christliche Publikum dieses Artikels: Die klassischen Prinzipien der KSL (Personalität / Gemeinwohl / Subsidiarität / Solidarität) erheben ja den Anspruch auf Gültig- und Nachvollziehbarkeit für „alle Menschen guten Willens“ auf Basis des bloßen Vernunftgebrauchs. Die Sozialverkündigung Papst Johannes Pauls II. hat diesen klassischen Prinzipienkanon noch erweitert um ein Prinzip, dessen universaler Geltungsanspruch auf reiner Vernunftbasis zwar umstritten ist; zumindest für ChristInnen sollte es aber zur unverzichtbaren „DNA“ ihres sozialen und politischen Handelns gehören:

Es gibt keine funktionierende humane Gesellschaft ohne Solidarität



Die Rede ist von der „vorrangigen Option für die Armen“, wonach in allen Entscheidungen und Maßnahmen das Wohl und die Teilhabe von durch Armut und Benachteiligung betroffenen Menschen zu priorisieren sind. In der Verfolgung dieses Prinzips stellt sich immer wieder erneut die Frage, wer in einer konkreten sozialen (Konflikt-)Situation die jeweils Armen, Schwachen, Stimmlosen und Benachteiligten sind. Im Kontext der Nachhaltigkeitsdebatte halte ich dafür, dass dies allen anderen voran jene sind, die noch gar nicht geboren und in zweiter Linie jene sind, die – obzwar schon geboren – in den politischen Prozessen der Gegenwart (noch) keine Möglichkeit der Mitwirkung haben, also Kinder und Jugendliche. Auf dieser Grundlage ließe sich in der Nachhaltigkeitsdebatte die „vorrangige Option für die Armen“ als „vorrangige Option für die Noch-Ungeborenen und die Jugend“ formulieren. Auch auf Grundlage einer solchen Option erscheint die Entwicklung von demokratischen Verfahren als ein vordringliches Anliegen, die auf die regelmäßig zu überprüfende verbindliche Festlegung von langfristigen, „enkeltauglichen“ Politikzielen hinauslaufen; diesen gegenüber

hätten sich alle politischen Entscheidungen und Maßnahmen der Gegenwart ausnahmslos einer Zukunftstauglichkeitsprüfung zu unterziehen. Die Lasten des gegenwärtigen Lebens-, Politik- und Wirtschaftsstils dürfen nicht länger jenen aufgebürdet werden, welche in der Gegenwart noch gar keine Teilhabe- und Mitbestimmungsmöglichkeiten haben! ●

¹ V. Zsifkovits, Gemeinwohl, in: Katholisches Soziallexikon (hg. v. A. Klose/W. Mantl/V. Zsifkovits), Innsbruck-Graz (Tyrolia/Styria) ²1980, 855. [Hervorhebung M.S.]



Markus Schlagnitweit, Theologe, Sozial- & Wirtschaftsethiker
Kooperationspartner der ksoe, Tätigkeiten in der politisch-sozialen Erwachsenenbildung sowie in der Hochschul- und AkademikerInnen-Seelsorge; Mitarbeit in div. Ethik-Beiräten, in Vorständen kirchlicher und zivilgesellschaftlicher Organisationen sowie in Institutionen der wissenschaftlichen Begabten- und der Kunstförderung

Grussworte Bundespräsident Van der Bellen zum 60 Jahre ksoe-Jubiläum



Mit der Katholischen Sozialakademie Österreichs verbindet mich eine lange gemeinsame Geschichte. Mitte der 1970er Jahre wurde ich erstmals als Berater zum Thema Wirtschaft im damaligen ksoe-3-Monatskurs angefragt.

„Zukunft gestalten“ war schon damals das Motto. Die ksoe hat seither mitgeholfen, eine aktive Zivilgesellschaft heranzubilden, die sich für unterschiedlichste Belange einsetzt, z.B. für die Gleichstellung von Frauen, für Ökologie, für Menschenrechte, für Arme, Marginalisierte, arm gemachte Menschen.

Für mich als kirchlichen Außenseiter war auch interessant, dass die ksoe dazu beigetragen hat, die Neutralität der Kirche gegenüber den politischen Parteien zu befördern. Heute kooperiert die ksoe mit allen Parteiakademien in verschiedenen Formen. Dass es katholische Institutionen gibt, die parteipolitisch nicht eindeutig zuordenbar und „einfach anders“ sind, ist auch für mich persönlich wichtig.

Die ksoe war immer eine gesellschaftspolitische Kraft – wegweisend, wenn es um das gute Zusammenleben in einer pluralen Gesellschaft geht. Demokratie ist wichtig, aber nicht alles. Denn die Herrschaft der Mehrheit kann leicht degenerieren zu einer Tyrannei der Mehrheit, wenn sie individuelle Grund- und Freiheitsrechte oder die Rechte von Minderheiten nicht ausreichend respektiert und schützt.

60 Jahre ksoe, das sind auch 60 Jahre Eintreten für Solidarität. Solidarität meint hier aber nicht nur individuelle Empathie, persönliche Hilfsbereitschaft, sondern „organisierte Solidarität“ im Rahmen eines gut entwickelten Sozialstaates, der für alle da ist und nicht nur für die, die schon lange eingezahlt haben oder einzahlen konnten.

In Zusammenhang mit der Klimakrise wird viel über „Intergenerational Fairness“ gesprochen. Es sind die jungen Leute, die die Kosten unseres Nichts- oder Zuwenigtuns gegen die Klimakrise zu tragen haben. Die Bewegung „Fridays For Future“ und ihre Botschaften werden wahrgenommen – quer durch die Nationen, die Altersschichten, die politischen Bekenntnisse.

Wenn wir die Zukunft solidarisch, gerecht, demokratisch gestalten wollen, müssen wir über neue Lebensweisen nachdenken, über neue Produktions- und Konsumgewohnheiten. Wir müssen die Zukunft „enkeltauglich“ machen. Und da sind wir alle verantwortlich, Druck zu machen.

Ich gratuliere noch einmal zu 60 Jahren ksoe, ich persönlich habe sehr, sehr viel profitiert von der Arbeit. Und ich wünsche Ihnen alles Gute für die nächsten 60 Jahre!

Die Vorträge von Alexander Van der Bellen und Marianne Gronemeyer sind ungekürzt als Videobeiträge zu sehen unter: <https://www.ksoe.at/60jahre>

Die Zukunft gibt es nicht. Aber was sollen wir dann gestalten?

Dass es die Zukunft nicht geben solle, mag Ihnen, die Sie sich vorgenommen haben, sie demokratisch, solidarisch und gerecht zu gestalten, als eine abwegige, geradezu verrückte oder unverantwortliche oder katastrophile Behauptung erscheinen.

Augustinus sprach vor 1.600 Jahren von dreierlei Arten der Zeit: Gegenwart des Vergangenen, Gegenwart des Gegenwärtigen und Gegenwart des Künftigen. Die Vorstellung, dass wir Herrschaft über die Zeit in ihrer dreierlei Art gewinnen könnten, dass wir die Zeit also haben, gestalten, sparen, verschwenden, vertreiben oder sogar totschießen könnten, ist vielleicht die Triebkraft der Moderne. Und zugleich das Dogma, das uns in das Verhängnis gestürzt hat, in dem wir heute festsitzen. Diese Vorstellung hat uns dazu verführt, unser Heil in der Flucht nach vorn, zukunftswärts, zu suchen. Das nennen wir den Fortschritt. Die Zukunft wird buchstäblich hereingezerrt in unsere Gegenwart. „Morgen“ soll schon heute sein. Und gleichzeitig, drücken wir uns vor der Gegenwart und vertagen wir das, was heute ansteht, auf die Zukunft, bürden es den Nachkommen auf.

Wer ist aber das „Wir“, das die Zukunft gestalten will? Das ist in erster Linie eine Generationenfrage. Und noch nie zuvor in der Geschichte hat sich die amtierende Generation so unbedenklich und ohne alle Rücksicht an dem, was der nachfolgenden zusteht, bereichert wie heute. Wir haben die Spielräume der kommenden Generation für die ihr eigene Weltgestaltung fast vollständig aufgebraucht.

Wollen wir die Zukunft besser machen? Das Besser-Machen ist immer nur eine Variante dessen, was sowieso im Gange ist. Es ginge aber darum, es nicht besser, sondern ganz anders zu machen. Und das finge wohl damit an, dass wir aufhörten, die Zukunft gestalten zu wollen. Die einzig mögliche Haltung ihr gegenüber wäre die, uns überraschen zu lassen, uns in der Kunst des Unterlassens zu üben, was ungefähr dasselbe ist, wie hoffen zu lernen. Wenn wir die Zukunft planen und unseren Absichten gefügig machen wollen, dann schränken wir den Horizont des Möglichen ungemein ein.

Politik ist längst nicht mehr an der Frage des guten Lebens aller orientiert.

Wir verpulvern gerade die Zukunft derer, die nach uns kommen. Denn so müssen wir sie nicht darum beneiden, dass sie qua Geburtsdatum Anteil an einer Zeitspanne haben, die „wir“ nicht mehr erleben werden.

Kein Wunder, dass die junge Schwedin Greta Thunberg den Repräsentanten der amtierenden Generation in Davos die Panik an den Hals gewünscht hat. Eine todverleugnende Gesellschaft, in der das bloße Leben zum Fetisch geworden ist, ist gnadenlos in ihrem Selbstbehauptungsdrang. Und sie ist zwingend auf das fortgesetzte Wachstum angewiesen, das zugleich ruinös ist für den Fortbestand unserer Lebenswelt.

Was wäre aber, wenn wir uns die Versuchung, die Zukunft der Welt nach unseren Plänen zu gestalten, aus dem Kopf schlägen und uns stattdessen in der liebevollen Hinwendung zur Welt üben? Was wäre, wenn wir den beständigen Optimierungszwang einbremsen und die Zukunft als das gut-leiden-lernen, was sie ist: das Ungeplante, Ungemachte, Überraschende, das wir entspannt auf uns zukommen lassen?



Fest-Vortrag anlässlich „60 Jahre ksoe“, 29.3.2019, Kardinal König Haus, Wien

Transformationen hin zu einer solidarischen Lebensweise

Wir leben in einer paradoxen Situation. Auf der einen Seite wissen wir ziemlich gut, dass sich in der Welt einiges ändern müsste. Unsicherheit, soziale Spaltung und eine unzureichende Existenzsicherung für viele Menschen hierzulande. Offene Gewalt, Kriege und Verelendung in vielen Ländern des globalen Südens, ökologische Zerstörung heute und weitere in der Zukunft. Eine scheinbar kaum aufhaltbare politische Rechtsentwicklung macht wütend – und führt bei manchen gar zu Resignation. Wie auch die kaum bewältigbar scheinende Jahrhundertaufgabe einer sozial-ökologischen Transformation hin zu Gesellschaften, in denen gutes Leben für alle möglich ist.

Auf der anderen Seite soll es dann doch irgendwie so bleiben, wie es ist. Es lebt sich für viele hierzulande nicht schlecht unter Bedingungen der „imperialen Lebensweise“. Wir greifen in unserem Alltag recht selbstverständlich auf Produkte zurück, die unter naturzerstörenden und ausbeuterischen Bedingungen anderswo hergestellt wurden. Das geschieht meist unbewusst, bzw. so genau wollen es viele gar nicht wissen. Es ist aber nicht nur das individuelle Handeln, das diese un-nachhaltige und alles andere als solidarische Lebensweise am Laufen hält. Es sind auch machtvolle Produktionsstrukturen, die in der kapitalistischen Konkurrenz Handys, Autos und Nahrungsmittel produzieren, Profite und Wachstum generieren. Die imperiale Lebensweise steht für den zunehmenden Zugriff des Kapitalismus auf die Lebensverhältnisse, ist mit globaler wie nationaler Ausbeutung und Ungleichheit verbunden, verschärft Ressourcenkonflikte und zerstört die Umwelt.

Die imperiale Lebensweise, wie sie in Europa gelebt wird, ist eine statusorientierte Lebensweise, die auch auf sozialer Ungleichheit basiert und diese verlängert. Die Mittelschichten grenzen sich gegen die unteren Schichten bewusst ab, indem sie zeigen, dass sie sich aufgrund ihres hohen Einkommens etwa ein größeres Auto, viele Reisen und mehr Konsum

anderer Güter und Dienstleistungen leisten können. Das führt dazu, dass Menschen mit weniger Geld umso mehr ausgeschlossen werden.

Unbehagen an der imperialen Lebensweise

In dieser Situation stellt sich verstärkt die Frage nach einer lebenswerten Zukunft. Die SchülerInnen im Klimastreik von Fridays For Future beleben seit einigen Monaten die Diskussion um Zukunft. Ihnen und anderen Menschen wurde und wird deutlich, dass es sehr grundlegender Alternativen bedarf, um drängende Zukunftsfragen anzugehen: Neben den genannten Dimensionen der ökologischen Krise sind das etwa der Umgang mit Einwanderung und angemessene Integrationspolitik statt Ausgrenzung und die Vermeidung kommender Krisen durch den weiterhin dominanten Finanzmarktkapitalismus.

Das Unbehagen an der imperialen Lebensweise wird deutlicher. Es stellt sich die Frage: Wie können wir in der nächsten Zeit die politischen und gesellschaftlichen Bedingungen erzeugen, um die imperiale Lebensweise einzudämmen und eine solidarische Produktions- und Lebensweise stärken?

Leitend ist dabei das Prinzip, dass Menschen und Gesellschaften möglichst nicht auf Kosten anderer und der Natur leben. Eine Debatte um solidarische Zukunft schließt Ausgrenzung aus. Doch dieses Prinzip muss konkretisiert werden. Aus meiner Sicht ist es eine entscheidende Aufgabe – und so verstehe ich auch die Themenstellung dieses ksoe-Dossiers – attraktive Zukunft wieder vorstellbar und lebbar zu machen.

Politische Gestaltung

Das Zerschlagen der türkis-blauen Koalition im Mai 2019 könnte einen Wendepunkt darstellen. Angesichts der politischen Rechtsentwicklung der letzten Jahre aktiviert sich die Zivilgesellschaft noch stärker in Bereichen



wie Armutsbekämpfung, Integration, Anti-Rassismus, solidarische Ökonomie oder Umweltpolitik. Insbesondere steht die sozial-ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft an, inklusive des Rückbaus der Automobilindustrie; gute Arbeit für alle statt Prekarisierung vieler; die umsichtige politische Gestaltung der Digitalisierung anstatt dass sie von Konzernen vorangetrieben wird. Politische Bündnisse sind notwendig, die nicht auf die weitere Spaltung Europas setzen, sondern auf eine politisch und wirtschaftlich attraktive Europäische Union.

Die politischen Parteien müssten Zukunftsfragen ernst nehmen und sie über die Orientierung an Wahlkämpfen und Koalitions-Kalkulationen stellen. Das ist nicht trivial, denn eine Partei, die ins Parlament oder sogar regieren möchte, orientiert sich rational am „Willen“ der WählerInnen. Doch das ist kurzfristig, zumal es diesen eindeutigen Willen so gar nicht gibt. Zwar sollten wir davon ausgehen, dass viele Menschen in Österreich ihre Lebens- und Arbeitsverhältnisse verteidigen wollen. Doch das legitime Interesse an einer gut bezahlten und sinnerfüllten Erwerbsarbeit muss nicht per se in ökologisch un-nachhaltigen Branchen realisiert werden. Und es ist die ethische Verpflichtung politischer Akteure, auch das Unbehagen der Menschen an den aktuellen Foren von Ungerechtigkeit, Ausbeutung und Umweltzerstörung zu sehen und politische Angebote zu machen.

Zukunftsfragen

Debatten und Erfahrungen in solidarische Zukunft müssen aber auch aus der Gesellschaft kommen und dort verankert werden. Wie stelle ich mir solidarische Zukünfte vor? Ein paar Gedanken und Ansatzpunkte.

Der Zusammenhang zwischen der vorherrschenden Lebensweise in Österreich – die sich konkret durchaus unterschiedlich ausprägt – und den sozial-ökologischen Katastrophen andernorts, aber auch der immer unsinniger werdenden Fixierung auf Wachstum und Status wird in solch einer Zukunft nicht länger verleugnet. Die Monsterautos SUVs werden für immer mehr Menschen zum Symbol von umweltpolitischer Ignoranz und albernem Statusdenken der Eliten oder jener, die gern dazugehören wollten. Eltern organisieren sich gegen Feinstaubbelastung und Lärm, soziale Bewegungen demonstrieren für autobefreite Städte, und Kinder erobern sich den jahrzehntelang zugewanderten öffentlichen Raum zurück.

Die Lügen der Manager und deren sprichwörtliche Besoffenheit an den hohen Profiten, die Engstirnigkeit der Anteilseigner erzeugen Unmut. Immer mehr wird im Lichte von Dieselskandal und den Tricksereien von Autoindustrie und Staat deutlich, dass es hier gründlicher Veränderungen bedarf – die nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgegossen werden dürfen. Der Ausbau des öffentlichen Verkehrs und der Fahrradinfrastruktur wird aus der Gesellschaft

heraus verlangt. Viele kommunale Regierungen machen mit und damit werden die Städte nicht nur lebenswerter, sondern die Menschen mobiler und gesünder. Auch die Mobilität auf dem Land wird zunehmend öffentlich und gemeinschaftlich mit hoher Qualität organisiert.

Der autofreie Sonntag, zunächst wüst von den Gegnern beschimpft, wird in den Innenstädten von Berlin, Hamburg, München, Wien und anderswo zu wahren selbstorganisierten Volksfesten. Schwere Zeiten für die Diesel-Befürworter. Aber auch die Fassade des angeblichen umweltfreundlichen Elektroautos bröckelt.

Welches gute Leben?

Es wird produktiv gestritten, unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen eigentlich ein gutes und auskömmliches Leben für alle möglich ist, das nicht zu Lasten der Natur und den Menschen im globalen Süden geht, aber auch nicht die gemeinen Zumutungen hierzulande für die Schwächeren aufrecht erhält.

Klar, „gutes Leben“ heißt für die meisten heute: Ein Eigenheim zu haben, Zugang zu den Produkten, die über den Weltmarkt bereit gestellt werden; Dinge, die man möglichst schnell

Die wachstumsfixierte und konservative Gegenseite und ihre medialen Unterstützer kontern natürlich. Diese Debatte um ein „gutes Leben für alle“ würde, so ihr Argument, ohnehin nur mit Verboten hantieren. Ja mehr noch: Eine besserwisserische „Öko-Elite“ will der Gesellschaft vorschreiben, wie sie zu leben habe, damit Klimawandel und andere Umweltprobleme eingedämmt werden. Das, so der scharfe Tenor, sollten sich die Leute nicht gefallen lassen. Klima- und Umweltthemen können nur angegangen werden, wenn Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit (notfalls zu Lasten anderer Länder) gesichert seien.

Doch diese Argumente wirken irgendwie schal. Viele Menschen erleben eine enorme Arbeitsverdichtung, gleichzeitig erleben Menschen Prekarisierung und gesellschaftlichen Spaltung. Sie sehen die zunehmende Vermögenskonzentration, wobei den Ärmeren gesagt wird: „Ihr müsst den Gürtel enger schnallen.“ Weiters konnten wir in den letzten Jahren feststellen, dass in Krisensituationen die Politik autoritärer wird: Ein Großteil der Eliten versucht sich schadlos zu halten, notfalls ohne Rücksicht auf Verluste und zulasten von Teilhabe.

Regeln statt Verbote!

Statt dem viel zu pauschalen Vorwurf der Verbote wird deutlich, dass es vielmehr um angemessene Regeln für gutes gesellschaftliches Miteinander geht. Es dominieren nicht mehr die Regeln, wie etwa die gesetzlich ermöglichte Ausweitung des Arbeitstages, von denen die Mächtigen und Privilegierten profitieren.

Solche Regeln betreffen die Erwerbsarbeit, von der Menschen weniger abhängig sein sollten. Irgendwann ist es vielleicht für alle okay, 20 oder 25 Stunden pro Woche zu arbeiten, nicht nur für jene in oft erzwungener Teilzeit. Die bisherige Hierarchie zwischen anerkannter Erwerbsarbeit und weitgehend von Frauen geleisteter Reproduktionsarbeit könnte verändert werden, wenn alle mehr Zeit für andere, für gesellschaftspolitisches Engagement und für sich selbst hätten. MigrantInnen, die etwa in der Pflege tätig sind, werden ordentlich bezahlt. Und die Menschen bräuchten weniger Geld. Die Leute müssen nicht ihre 400 Euro mehr im Monat verdienen fürs Auto, weil sie kein Auto mehr brauchen. Sie können sich in den Städten und am Land gut bewegen, aber

Was ist ein „gutes Leben“ für alle?

erneuern kann, weil sie so günstig sind. „F+F“ – Fleisch und Fliegen als Sinnbild für materiellen Wohlstand. Dazu auch der selbstverständliche Zugriff auf günstige Pflegekräfte aus dem benachbarten osteuropäischen Ausland.

Doch nach und nach brechen Selbstverständlichkeiten auf. Die „Ende Gelände!“-Bewegung erreicht eine breite gesellschaftliche Debatte um den raschen Kohleausstieg. „Zurück zum Sonntagsbraten“, wenn überhaupt noch Fleisch, wird zum Motto verantwortlicher Ernährung. Die Aktionen von „Ende Geländewagen“ führen zu breiten Diskussionen und politischen Aktivitäten, um das auto- und flugzeugzentrierte Verkehrssystem umzubauen. Österreich wird noch stärker zum Vorreiter des öffentlichen Verkehrs, die ÖBB zum wichtigen Akteur einer nachhaltigen europäischen Verkehrspolitik.



sie müssen dafür nicht so viel Geld verdienen.

Unter gutem Leben für alle im Sinne von Wohlstand und Lebensqualität wird zunehmend ein sinnerfülltes Leben verstanden, das materiell abgesichert ist. In Notfällen, wie Krankheit und Arbeitslosigkeit, kann man auf gesellschaftliche Unterstützung zurückgreifen. Ein transparenter und demokratisch organisierter öffentlicher Sektor, der sich nicht am Profitprinzip orientieren muss, aber mit den finanziellen Ressourcen sorgfältig umgeht, wird wichtiger. Insbesondere die in vielen Ballungszentren drängende Wohnungsfrage kann nicht nur den Privaten überlassen werden, sondern bedarf neben starken Regeln auch öffentlichen bzw. öffentlich geförderten Wohnungsbau und intelligente Lösungen, damit wertvoller Wohn- und Arbeitsraum angemessen genutzt wird.

Gestärkt wird ein Bewusstsein, dass die ökologische Krise sich zuspitzt und dass

gleichzeitig viele andere Menschen auf der Welt auch ein gutes Leben haben wollen, ob in China oder Brasilien. Die Diskurse und politischen Initiativen sind nicht moralisierend nach dem Motto: „Hast Du immer noch einen un-nachhaltigen Lebensstil?“, sondern kombinieren Eigenverantwortung, die Lust am Ersetzen (wie gesagt, die Gegner sagen: „Verzicht“) mit politischen Forderungen. Das Ersetzen des Autos muss eben mit gutem öffentlichem Verkehr und einem Umbau der Automobilindustrie einhergehen, die Reduktion von Fleischkonsum mit der Schließung von Tierfabriken.

Das Billig-T-Shirt ist kulturell nicht mehr „geil“ und wird über erkämpfte Umwelt- und Sozialstandards in den Produktionsländern auch nicht mehr möglich sein. Das ist der transformative Dreischritt: Rahmenbedingungen, sich verändernde Bedürfnisse der Menschen, sowie andere gesellschaftliche Diskurse und gesellschaftliche Selbstverständlichkeiten. In den kommenden Jahren bekommt das klarere Konturen. ●



Ulrich Brand, Professor für Internationale Politik an der Universität Wien, ist Mitherausgeber der „Blätter für deutsche und internationale Politik“ und Redakteur bei „mosaik-blog.at“. Er veröffentlichte 2017 mit Markus Wissen das Buch „Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus“ (oekom-Verlag), das es im Sommer auf die Spiegel-Bestseller-Liste schaffte. Anfang 2020 erscheint sein Buch „Post-Wachstum und Gegen-Hegemonie. Klimastreiks, Krise der imperialen Lebensweise und Alternativen zur autoritären Globalisierung“ im Hamburger VSA-Verlag.

SOZIALZENTRUM

Jesuiten für Europa

Das europäische Sozialzentrum der Jesuiten (JESC) setzt sich für „Visionen und Werte“ in Europa ein. Der Grundentscheidung des Jesuitenordens für Glaube und Gerechtigkeit und der vorrangigen Option für die Armen entsprechend möchte JESC die Stimme derjenigen sein, die in Europa keine Stimme haben. Nach den offiziellen Statistiken leben in der Europäischen Union mehr als 100 Millionen Menschen in Armut, 36 Millionen in extremer Armut. JESC steht in einem engen Kontakt mit der interfraktionellen Arbeitsgruppe des europäischen Parlaments zu extremer Armut und Menschenrechte.

Eine weitere Dimension der Arbeit von JESC ist es, Gruppen zusammenzubringen und zu begleiten, die sich für die Zukunft der Europäischen Union einsetzen. Eine dieser Gruppen heisst „Passion for Europe“ - „Leidenschaft für Europa“ (<http://www.passionforeurope.com/>). Ausgehend von der Rede von Papst Franziskus anlässlich der Verleihung des Karlspreises 2016 haben ihre Mitglieder einen programmatischen Text unter dem Thema „Das europäische Gemeinwohl wiederentdecken“ verfaßt. Auf dieser Grundlage fand im November 2018 in der Chapel for Europe eine wichtige Debatte statt, an der der frühere Präsident des Europäischen Rates Herman Van Rompuy und Erzbischof Jean-Claude Hollerich SJ, der protestantische Pastor Christian Krieger und Marie de Saint-Chéron als führende Vertreter der Kirchen auf europäischer Ebene teilnahmen.

Ein neues Programm von JESC bietet einen fünfmonatigen Kurs zur Ausbildung zukünftiger europäischer Führungspersonen an (www.jesc-elp.eu). Bestandteile sind politische Bildung in Verbindung mit den EU-Institutionen, Gemeinschaftsleben, Führungstraining, geistliche Begleitung und ein sozialer Einsatz bei Bedürftigen. Die ersten AbsolventInnen stammen aus Polen, Italien, Österreich und Aserbaidschan. In Zukunft wird dieses Programm in Kooperation mit europäischen Jesuitenuniversitäten einen Mastergrad verleihen.

In einer seiner Ansprachen über Europa hat Papst Franziskus aus einem frühchristlichen Brief zitiert, in dem die Aufgabe der Christen in der Welt mit der Bedeutung der Seele im menschlichen Körper verglichen wird. Das erinnert an die Jacques Delors zugeschriebene Metapher von der „Seele Europas“. Die Arbeit der Jesuiten in Brüssel ist von der Hoffnung getragen, in diesem Sinn einen Beitrag für die Erneuerung der Europäischen Union leisten zu können.

Autor: Martin Maier SJ, ist deutscher Jesuit, Theologe und Publizist

Klimanotstand



„Ihr wollt ja nur Schule schwänzen!“ und „Ihr seid ja nur Kinder, euch kann man nicht ernst nehmen!“ hört man öfters, und zwar von Menschen, die die inzwischen riesige Bewegung „Fridays For Future“ als Gruppe von Jugendlichen, die nicht in die Schule gehen wollen, abstempeln. Diese Menschen sind häufig die, die Fakten rund um die Klimakrise abstreiten oder nicht ernst nehmen wollen. Sie wollen nicht sehen, dass wir nur noch ungefähr 18 Monate haben, um unsere Emissionskurve steil nach unten zu lenken (Stand: August 2019). Wenn wir dies nicht schaffen, haben wir keine Chance mehr, das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens einzuhalten - und das hätte katastrophale Folgen, die kein Mensch mehr kontrollieren kann.

Viele Menschen sehen auch nur viele junge Menschen auf der Straße Sprüche rufen. Was sie nicht wissen: wie viel Arbeit im Hintergrund geschieht. Vertreter und Vertreterinnen der Bewegung sind seit Monaten mit allen Österreichischen Parteien im Gespräch, mit dem bisher größten Erfolg, dass in der Nationalratssitzung am 3. Juli 2019 ein Vier-Parteien-Antrag für die Erklärung des Nationalen Klimanotstands gestellt wurde, der am 25. September abgestimmt wurde. Die Regionalgruppe Wien hat inzwischen

eine Organisationsstruktur mit Arbeits- und Strategiekreisen, in denen sich derzeit rund 300 Menschen beteiligen. Auch die nationale und internationale Vernetzung ist bereits im Aufbau.

Viele Menschen sagen auch: „Ihr geht jede Woche auf die Straße und sagt, wo es Probleme gibt, bringt aber keine konkreten Lösungsvorschläge“. Lösungen vorzuschlagen ist aber nicht der Sinn dieser Bewegung. Es gibt sogar ein paar konkrete Forderungen, zum Beispiel der Klimanotstand und die Ökosoziale Steuerreform. Wir sehen es aber nicht als unsere Verantwortung, als Jugendlichen erwachsenen Politikerinnen und Politikern vorzukauen, was sie tun oder lassen sollten. So gibt es die zentrale Forderung der Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels, die Lösungen, wie man dort hinkommt, hat die Wissenschaft schon seit langem. Die meisten Menschen, die bei den Streiks von Fridays For Future dabei sind, haben Angst um ihre eigene Zukunft, die Zukunft ihrer Geschwister, die Zukunft ihrer Kinder und die Zukunft ihrer Enkelkinder. Und keiner von ihnen wird aufhören zu streiken, bis diese Zukunft für alle auf dieser Welt gesichert ist.

Autorin: Tabea Kletzer (15), Schülerin und Fridays For Future Aktivistin

Gutes Leben für alle - auch für morgen

Eine sozial-ökologische Transformation braucht neue Produktions- und Lebensweisen, „Laudato si“ zeigt unsere Verantwortung hierbei auf.

So wie bisher kann es nicht weitergehen. Die Menschheit lebt auf der Erde, als ob es einen zweiten Planeten gäbe, der uns zur Verfügung stünde. Unser bisher auf grenzenloses Wachstum ausgelegtes Alltagsleben stößt jedoch an seine Grenzen, darin sind sich zahlreiche ExpertInnen einig. Der Ruf nach einer sozial-ökologischen Transformation im Sinne eines zukunftsgerechten Lebens wird ebenso in der Gesellschaft immer lauter. Auch die 2015 publizierte päpstliche Enzyklika „Laudato si“¹ betont die Notwendigkeit einer neuen Ausrichtung und Umstrukturierung unserer herrschenden Produktions- und Lebensweisen.

Wie können neue Produktions- und Lebensweisen im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation in Verbindung mit „Laudato si“¹ verstanden werden? Dazu lassen sich anhand der Enzyklika fünf Punkte herausarbeiten.

Nachhaltig ist Gerechtigkeit über die Generationen hinaus

Erstens müssen neue Produktions- und Lebensweisen nachhaltig gestaltet werden, wobei nachhaltig als inter- sowie intragenerationelle Gerechtigkeit zu verstehen ist, d.h. als Gerechtigkeit, die innerhalb wie auch zwischen den Generationen gültig sein muss. „Ohne Solidarität zwischen den Generationen kann von nachhaltiger Entwicklung keine Rede mehr sein.“ (LS 159). Ebenso betont „Laudato si“¹ „die dringende moralische Notwendigkeit einer erneuerten Solidarität innerhalb einer Generation“ (LS 162). Gerechtigkeit muss gleichzeitig sozial und ökologisch gedacht werden. Diese Zielsetzungen sind miteinander verbunden und vereinbar. Sie stehen nicht im Widerspruch zueinander. Eine boomende Wirtschaft kann zwar Arbeitsplätze schaffen, wenn das aber zu Lasten der Umwelt geht, profitieren weder zukünftige Generationen noch die Armutsbetroffenen: Sie sind es, die in verschmutzten und heißen Gegenden leben müssen und daher am meisten unter den Auswirkungen der Klimakrise und Umweltbelastungen leiden.

Überdenken von Lebensstil und Konsum

Zweitens geht es nicht um eine bloße Änderung des individuellen Lebensstils, sondern um das Umgestalten der Produktions- und Konsumbeziehungen. LS erwähnt hierbei, dass durch eine Änderung des Lebensstils ein heilsamer Druck (LS 206) auf die Mächtigen zum Beispiel mittels Boykott ausgeübt werden könne: „Es ist eine Tatsache, dass die Unternehmen, wenn die Gewohnheiten der Gesellschaft ihre Rendite gefährden, sich genötigt sehen, ihre Produktionsweise zu ändern.“ (LS 206) Ein Aufbrechen der individuellen Konsummuster allein reicht jedoch nicht aus. Denn insbesondere vermeintlich umweltbewusste KonsumentInnen verfügen über einen größeren ökologischen Fußabdruck als andere, denen weniger Einkommen zur Verfügung steht. Ein klassisches Beispiel hierfür wäre, dass trotz alltäglichem ökologischen (Kauf)verhalten der alljährliche Langstreckenflug die CO₂-Bilanz der jeweiligen Person zutiefst negativ beeinflusst. Das impliziert, dass ein solch vermeintlich umweltbewusster Lebensstil dennoch äußerst ressourcenintensiv sein kann. Veränderungen müssen aus diesem Grund weitreichender sein und dürfen nicht bei Konsumententscheidungen haltmachen. Daher ist es notwendig, Produktionsprozesse demokratischer zu gestalten und die Beziehungen zwischen Produzierenden und Konsumierenden neu zu definieren.

Grenzen des Wachstums

Drittens ist es unabdingbar, mit dem ökonomischen Wachstum als Ziel zu brechen. Kapitalistisches Wachstum darf nicht länger als Paradigma dienen wie es beispielsweise eine „Green Economy“ über das Umweltprogramm der Vereinten Nationen propagiert. Ein vermeintlich „Grünes Wirtschaften“ über grünes Wachstum und „grüne(s) Reden“ (LS 49) fördert weltweit herrschende soziale und ökologische Ungerechtigkeiten anstatt diese auszuräumen. Wachstumskritik wird in „Laudato si“¹ vor allem in Verbindung mit der Kritik am vorherrschenden technokratischen



Paradigma geäußert: „Wenn in einigen Fällen die nachhaltige Entwicklung neue Formen des Wachstums mit sich bringen wird, muss man immerhin in anderen Fällen angesichts des unersättlichen und unverantwortlichen Wachstums, das jahrzehntelang stattgefunden hat, auch daran denken, die Gangart ein wenig zu verlangsamen, indem man einige vernünftige Grenzen setzt und sogar umkehrt, bevor es zu spät ist.“ (LS 193)

Welche Werte haben wir?

Viertens ist dafür ein Umdenken notwendig, das auf anderen Werten und Tugenden basiert. Nicht materielle Werte sind zu fördern, wie Werte, die das Gemeinschaftliche in den Vordergrund stellen. Dafür gibt es Konzepte wie Konvivialität, das besagt, die Zeit in Gemeinschaft mit FreundInnen oder Familie zu verbringen. Konvivialität wird besonders in der wachsenden „Degrowth“-Bewegung hervorgehoben². Aber auch Suffizienz, Genügsamkeit, Achtsamkeit und Solidarität sind wichtige Tugenden. So fordert die Enzyklika „eine neue universale Solidarität“ (LS 14) für die Gestaltung der Zukunft unseres Planeten ein. Sie thematisiert, dass es eine Umkehr braucht, „dass man Verzicht übt, ohne eine Gegenleistung zu erwarten, und großzügig handelt, auch wenn niemand es sieht oder anerkennt“ (LS 220). Eine „Kultur der Achtsamkeit“ (LS 231) wird ange-

strebt mit einer Genügsamkeit „die unbefangenen und bewusst gelebt wird“ und dadurch „befreiend“ (LS 223) wirken kann.

Nachhaltigkeit muss institutionell verankert sein

Fünftens ist eine institutionelle Verankerung nötig, um wirklich langlebig und nicht nur nischenhaft wirken zu können. Es stellt sich die Frage nach einer Verankerung der nachhaltigen Produktions- und Lebensweisen, nach ihrer Absicherung und der Integration in gesamtgesellschaftliche Entwicklungen. Hierbei ist es wichtig, diese Verankerung, wie auch den Staat selbst³ als umkämpftes Terrain zu betrachten und zu analysieren, welche sozialen Kräfteverhältnisse sich wie im Staat (nicht) durchsetzen: „Einen privilegierten Platz in der Diskussion müssen jedoch die Einwohner vor Ort haben, die sich fragen, was sie für sich und für ihre Kinder wollen, und die auch Ziele in Betracht ziehen können, die das unmittelbare wirtschaftliche Interesse übersteigen.“ (LS 182) ●

¹ Papst Franziskus (2015): Enzyklika Laudato si'. Über die Sorge für das gemeinsame Haus. Vatikan, 24. Mai 2015

² Kallis, G., Demaria, F., D'Alisa, G. (2016): Degrowth, in: dies. (eds.): Degrowth: A vocabulary for a new era. Routledge, 1-17.

³ Poulantzas, N. (1978/2000): State, power, socialism. London.



Christina Plank ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziale Ökologie der Universität für Bodenkultur, Wien und war Schasching-Fellow der ksoe zwischen 2016/2017 und Lehrende am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien.

Die Expertise der vielen

Möglichkeiten zur Demokratisierung von Expertise

Expertentum schien in der liberalen Demokratie immer schon die Lösung für soziale und ökonomische Probleme, ja für die Bearbeitung von politischen Entscheidungen überhaupt zu sein. Die gewählten RepräsentantInnen in Parlamenten und die bestellten Regierungen vertreten, so die Idee liberaler Demokratie, die Interessen der BürgerInnen, der vielen, sind aber selbst keine SpezialistInnen der von ihnen zu verantwortenden Themenbereiche. Daher ziehen sie ExpertInnen zurate. Ihnen kommt dadurch eine enorme Machtposition zu, denn Wissen bedeutet Macht: Sie können mit ihrem Wissen politische Entscheidungen ganz maßgeblich beeinflussen. Experten „sprechen wahr“, d.h. ihre Aussagen werden als nicht hinterfragbar präsentiert. ExpertInnenwissen ist also keineswegs demokratisch, im Gegenteil: Experten sind meist Männer, die sich auf männliche Wissenschaftstraditionen stützen. Der in der politischen Öffentlichkeit auftretende männliche Politikexperte ist also eine hierarchische Figur, die wenig Spielraum für umstrittene Fakten und Daten oder gar für politische Partizipation lässt. Nicht immer sind die Ratschläge von ExpertInnen im Interesse der Mehrheit der BürgerInnen, denn die Produktion von ExpertInnenwissen folgt oft der Logik großer und einflussreicher gesellschaftlicher Interessen. Während der Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008 beispielsweise berieten ExpertInnengremien nationale Regierungen oder die EU-Kommission in wirtschaftspolitischen Belangen – auf Kosten der Menschen in jenen Ländern, die durch die Politik starker und einflussreicher EU-Länder wie Deutschland von der Finanzkrise besonders stark betroffen waren.

Chancen der Übergangsregierung

Die österreichische Übergangsregierung von ExpertInnen ist eine geschlechterquotierte Regierung, die den Maskulinismus in der Politik, wenn nicht durchbrechen, so zumindest offensichtlich machen kann. Freilich machen Frauen nicht qua Geschlecht eine (geschlechter-)demokratischere Politik;

doch die Präsenz weiblicher Erfahrungen im politischen Entscheidungsprozess bedeutet mehr Pluralität und kann möglicherweise dem männlichen Expertenwissen andere Wissensbestände an die Seite stellen bzw. die Expertise geschlechterdiversifizieren.

Das Scheitern der türkis-blauen Regierung und die daraus folgende Expertenregierung sollte konstruktiv genutzt werden, um die problematischen Dimensionen der liberal-repräsentativen Demokratie zu reflektieren und darüber nachzudenken, wie eine möglichst breite Einbindung der in Österreich lebenden Menschen in den politischen Prozess möglich ist. Eine horizontal ausgerichtete, politisch-relationale Autorität könnte die Rolle von Expertentum auf das Notwendigste beschränken, die politische Debatten über kontroverse Themen nicht nur zulassen und auf den engen parlamentarischen und sozialpartnerschaftlichen Raum begrenzen, sondern möglichst alle in den politischen Prozess einbinden. Dies bedeutet eine Erweiterung der Partizipation über das hinaus, was das repräsentative politische System momentan zulässt.

Partizipation und Ausgleich

Auf kommunaler Ebene gibt es bereits solche partizipativen Konsultationsprozesse, in der z.B. die in einem Bezirk wohnenden Menschen dazu befragt werden, wie ihr Stadtteil gestaltet werden soll. Das Thema Wohnen bietet sich hierfür besonders an, weil sich dort ganz deutlich die Interessen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen sowie Macht- und Eigentumsverhältnisse kristallisieren. Bauträger, Immobilienfirmen, Umweltverträglichkeit, soziale Lage und Lohnverhältnisse der Mietenden oder Kaufenden, Alter oder persönliche Gesundheit spielen in diesem Prozess eine große Rolle. Und die steigenden Mieten in allen europäischen Großstädten zeigen, welche mächtigen Interessen im Spiel sind und wer seine Interessen durchsetzen kann. Diese Konstellation verdeutlicht, dass es bei politischen Entscheidungen bedeutsam ist, welche soziale Herkunft, welches Geschlecht



oder Alter, welche sexuelle Orientierung oder Religion und welche ethnische Herkunft Menschen haben. Für ein gelingendes Zusammenleben und ein inklusives demokratisches System ist es daher notwendig, die Interessen jener zu berücksichtigen, die über weniger Machtressourcen verfügen, um gravierende soziale und politische Spaltungen in der Gesellschaft zu vermeiden. Sonst sind gesellschaftliche und politische Ausgrenzung, die im schlimmsten Fall zu politischem Extremismus, Hass, ideologisch motivierten Morden wie im Fall Lübcke in Deutschland und Völkermord führen können, die Folgen.

Solche gesellschaftlichen Entwicklungen beobachten wir derzeit international, in Österreich manifestieren sie sich u.a. in der Schändung jüdischer Erinnerungsstätten, dem Beschimpfen oder Bespucken von Musliminnen mit Kopftuch oder in den Hass-Emails, denen öffentlich exponierte Personen ausgesetzt sind. Diese Atmosphäre des Ressentiments gegenüber als Andere Identifizierten, die Wut gegenüber MigrantInnen und Geflüchteten, auch in Fragen der Verteilung von Wohnraum, zerstört auf lange Sicht das Zusammenleben und ein gutes Leben für alle Menschen. Eine

zukunftsfähige, d.h. ökologisch nachhaltige und solidarische Politik, braucht mehr Partizipation, braucht die Expertise der vielen.

Toleranz, Respekt und Empathie

Politik basiert auf Emotionen und Gefühlen. Demokratie und Partizipation aller sind die Grundlage dafür, diese Gefühle als Verständnis, Respekt und Empathie gegenüber anderen Menschen zu leben und nicht als Hass und Ausgrenzung. Dies zu organisieren, muss auch die Aufgabe einer österreichischen Regierung sein, die aus der demokratiezerstörenden zweiten türkis-blauen Regierungsphase lernt. Denn die Einbindung möglichst vieler Menschen in den politischen Prozess überträgt auch Verantwortung auf alle, die sich beteiligen und nimmt so ihre Anliegen ernst. Insofern könnte dies auch zu einer Verminderung von Hass und Intoleranz führen, da sich Menschen direkt einbringen können, mit einem konkreten Gegenüber und nicht über anonyme mediale Postingkanäle ihrem Ärger oder Hass freien Lauf lassen. Über solche neuen demokratischen Modelle nachzudenken, sollte uns die aktuelle Berufung auf ExpertInnen motivieren. ●



Birgit Sauer ist eine Politikwissenschaftlerin und Professorin an der Universität Wien. Ein Schwerpunkt ihrer Arbeit ist die Geschlechterforschung in den Politikwissenschaften.

Stefanie Wöhl ist Professorin für Politikwissenschaft und hält den Jean Monnet Chair "Diversity and Social Cohesion in the European Union" im Studiengang Europäische Wirtschaft- und Unternehmensführung an der Fachhochschule des BFI Wien.

Zur Sozialen Dimension von Nachhaltigkeit

In seiner Enzyklika *Laudato si'* fordert Papst Franziskus eine neue universale Solidarität, die „die enge Beziehung zwischen den Armen und der Anfälligkeit des Planeten“ berücksichtigt. Und eines der wichtigsten Leitmotive der Agenda 2030 ist es, niemanden zurückzulassen („Leave no one behind“).

Nachhaltigkeit hat zumindest drei große Dimensionen: die Schaffung von wirtschaftlichem Wohlstand; die gerechte Verteilung des Wohlstands; und die Steuerung von wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung dergestalt, dass sie innerhalb der Tragfähigkeit der ökologischen Systeme bleibt. Die dringende Beschäftigung mit den großen ökologischen Herausforderungen unserer Tage dürfen uns nicht vergessen lassen, dass auch die Proteste der Gelbjacken in Frankreich oder die Wanderbewegungen von Zentralamerika gen Norden, in Asien, in Afrika, und nach Europa etwas mit Nachhaltigkeit zu tun haben, wie letztlich auch die Frust-Reaktionen von MitbürgerInnen, die ihre soziale Stellung bedroht sehen und ihr Heil in rechten Ideologien suchen.

Wachsende Ungleichheit

Der jüngste globale Nachhaltigkeitsbericht¹ zeigt an vielen Beispielen auf, dass die Menschheit nicht auf einem nachhaltigen Weg ist. Die größte Herausforderung besteht beim Klimawandel, betont der zuständige UNO-Untergeneralsekretär LIU Zhenmin im Vorwort des Berichtes. „Das andere beherrschende Thema unserer Zeit“ führt LIU weiter aus, ist die wachsende Ungleichheit zwischen den und innerhalb der Länder.“² Ungleichheit im Zugang zu Wasser, Nahrung und Einkommen, Infrastruktur (wie Strom, Transport oder Breitband-Internet, etc.); Ungleichheit bei Mütter- und Kinder-Sterblichkeit und Lebenserwartung; Ungleichheit im Zugang zu politischen Ämtern und Firmen-Chefsesseln; unterschiedliche Chancen, Recht zu erhalten; Ausgeliefertsein an die Gewaltherrschaften von totalitären Regimen, kriminellen Organisationen, Milizen oder Warlords dauern an.

Die Folgen eines ungebremsten Klimawandels werden die Armen am stärksten treffen, freilich mit Auswirkungen – durch Zunahme von Migrationen und bewaffneten Konflikte – letztlich auch die Reichen.

Nachstehend einige Beispiele:

- Die *statistische Lebenserwartung* beträgt für Frauen in Japan 86,8 Jahre, in Sierra Leone 50,8 Jahre; für Männer beträgt sie in der Schweiz 81,3 Jahre und 49,3 Jahre in Sierra Leone.³
- Der *durchschnittliche Stromverbrauch eines Haushaltes* in Kanada pro Jahr ist 11 879 kWh, der in Deutschland 3.512 kWh, der in China 1.349 kWh, und in Indien 900 kWh.⁴
- Beim *Pro-Kopf-Wasser-Verbrauch* pro Jahr ist Neuseeland am „größzügigsten“ mit 2.162 m³, in China werden 442 m³ verbraucht, in Frankreich 435 m³.⁵
- *Personenstandnachweise*: 1 Milliarde Menschen sind „rechtlich“ unsichtbar, weil sie keine Dokumente haben; die Geburt von rund 625 Millionen Kinder wurde nie registriert.
- *Rechtsfindung*: 31 % aller Gefängnisinsassen wurde der Prozess noch nicht gemacht;
- In 150 Ländern haben die nationalen *Parlamente* einen *Frauenanteil* unter 30 %.
- In 49 Ländern gibt es keine Gesetzesvorschriften, die Frauen vor *häuslicher Gewalt* schützen.

Papst Franziskus erinnert daran, dass es sich bei den vom Fortschritt Ausgeschlossenen nicht um eine kleine Minderheit handelt: „Sie sind der größte Teil des Planeten, Milliarden von Menschen“.

Viele dieser Ungleichheiten in den Lebenschancen scheinen uns in Österreich nicht wirklich zu betreffen. Aber wenn wir genauer hinschauen, dann sehen wir etwa, dass soziale Durchlässigkeit bei der tertiären Bildung auch in Österreich noch vermehrter Anstrengungen bedarf⁶; MigrantInnen müssen hohe Hindernisse überwinden, damit ihre berufliche



SUSTAINABLE DEVELOPMENT GOALS



Qualifizierung in Österreich anerkannt wird. Als StaatsbürgerInnen haben wir die Möglichkeit, hier auf Verbesserungen zu dringen.

Verantwortlich handeln

Der politische Diskurs hat sich auch in Österreich in den letzten Jahren durch Zunahme des Populismus geändert: Als politisch aktive Menschen haben wir die Möglichkeit, sachlichen Argumenten und einvernehmlichen Herangehensweisen den Vorzug zu geben und Ausgrenzung und Pauschalverurteilungen entgegenzutreten.

Privat-Unternehmen kommt eine Rolle zu, um die negativen Dynamiken von Korruption, Instabilität, Gewalt und Armut zu unterbrechen. Firmen sollten Gesellschaftsverantwortung auch zu einem ihrer Erfolgsparameter machen. Der Schutz von ArbeitnehmerInnen gehört zu ethischem Unternehmertum. Durch die Eingliederung von österreichischen Firmen in globale Wertschöpfungsketten können Standards auch in anderen Teilen der Welt positiv – oder negativ – beeinflusst werden.

Als KonsumentInnen kann jeder und jede von uns zeigen, wie zufrieden wir mit dem nachhaltigen Verhalten eines Unternehmens sind; in diesen Maßstab der Nachhaltigkeit muss auch die soziale Dimension eingebaut sein.

Denn, wie es Papst Franziskus formuliert: Wir kommen (...) heute nicht umhin anzuerkennen, dass ein wirklich ökologischer Ansatz sich *immer* in einen sozialen Ansatz verwandelt, der die Gerechtigkeit in die Umweltdiskussionen aufnehmen muss, um die *Klage der Armen ebenso zu hören wie die Klage der Erde.* ●

¹ <https://www.un.org/depts/german/pdf/SDG%20Bericht%20aktuell.pdf>

² Idem, Seite 3.

³ https://en.wikipedia.org/wiki/List_of_countries_by_life_expectancy

⁴ <http://shrinkthatfootprint.com/average-household-electricity-consumption>

⁵ <https://www.statista.com/statistics/263156/water-consumption-in-selected-countries/>

⁶ Vgl. den Tagungsband zur AQ Austria Jahrestagung 2017 https://www.aq.ac.at/de/veranstaltungen/dokumente-jahrestagung_2017/AQ-Tagungsband_2017.pdf?m=1519907523



Irene Giner-Reichl, seit 1982 im Höheren Auswärtigen Dienst Österreichs; 2012 – 2017 Botschafterin in Peking; derzeit Botschafterin in Brasilien; Arbeitsschwerpunkte: Nachhaltige Entwicklung und globale Fragen, Entwicklungszusammenarbeit, internationale Kooperation zu Energie und Gender; Autorin von Artikeln und Sachbüchern zu Nachhaltigkeit, Entwicklung und Spiritualität; Ausbildung und Praxis in Begleitung von Personen und Prozessen; zertifizierte Yogalehrerin.



VIDEOTIPP

7 Videos zur Soziallehre

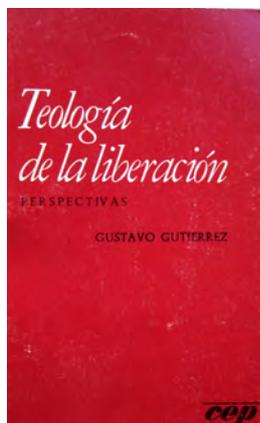
Binnen kurzer Zeit haben die im Frühjahr 2019 vorgestellten sieben Videos zur Katholischen Soziallehre alle Erwartungen übertroffen, 63.000 views auf youtube, knapp 34.000 Aufrufe über facebook. Bei einer Gesamtlaufzeit von 20 Minuten schaffen sie das fast Unmögliche: sie erklären die komplexen Prinzipien der Soziallehre wie Personalität, Gemeinwohl, Solidarität, Subsidiarität, Nachhaltigkeit und die Option für die Armen in knappen Worten und mit innovativen Bildern.

„Die Soziallehre ist kein Kochrezept, das Punkt für Punkt vorgibt, wie das gute Zusammenleben aller gelingen kann. Sie ist eher die Ethik der Gesellschaft, da sie darüber reflektiert, welche sozialen Strukturen eine Gesellschaft braucht, um in einer Gesellschaft das gute Zusammenleben auf Basis gerechter Strukturen gelingen zu lassen. Mit den Soziallehre-Videos möchten wir interessierten Zielgruppen in Pastoral und Bildung die Soziallehre erschließen und damit neue Denk- und Handlungsimpulse für die Gestaltung einer gerechteren Gesellschaft geben“, erklärte ksoe-Direktorin Magdalena Holztrattner die in Kooperation mit den Ordensgemeinschaften Österreichs produzierten Kurzfilme.

Der Link zu den Videos:

www.ksoe.at/themen/soziale-gerechtigkeit-6693

Verantwortung für die Zukunft der Menschheit in einem theologischen Klassiker



Das Werk des peruanischen Soziologen und Theologen *Teología de la liberación. Perspectivas* (Lima 1971) wurde zu einem theologischen Klassiker des 20. Jahrhunderts. Und damit zu einem starken Impulsgeber für viele Menschen aus den unterschiedlichsten Ländern, die sich der Frage stellten, wie sich die Botschaft des christlichen Glaubens und die soziale, politische und ökonomische Realität zueinander verhalten. Dass das Evangelium existentielle Freiheit *und* gesellschaftliche Befreiung schenkt, ist eine der Kernaussagen des Buches.

Weil auch ein halbes Jahrhundert nach seinem Erscheinen das Buch enorm aktuell ist, war es Anlass für eine Tagung, die sich mit den zentralen Inhalten, dem Entstehungskontext, der Wirkungsgeschichte und der aktuellen Relevanz dieses theologischen Klassikers auseinandersetzte. Michelle Becka (Professorin für Christliche Sozialethik an der Universität Würzburg) und Franz Gmainer-Pranzl (Leiter des Zentrums Theologie Interkulturell und Studium der Religionen an der Universität Salzburg) haben Kolleginnen und Kollegen dazu nach Würzburg eingeladen. Ende September 2019 setzten sich rund 40 TheologInnen mit verschiedenen Aspekten und Herausforderungen der *Theologie der Befreiung* von Gustavo Gutiérrez auseinander, um auf diese Weise den Gehalt, ja die Provokation dieser Publikation für die Gegenwart zu erschließen. Die Beiträge dieser Tagung werden in der Reihe „Salzburger Theologische Studien – interkulturell“ veröffentlicht.

BUCH

Christlich geht anders



„Jeder Christ ist berufen, Werkzeug Gottes für die Befreiung und die Förderung der Armen zu sein“ (Papst Franziskus)

In Zeiten von Priestermangel und Gläubigenschwund auf der einen und einer neoliberalen Politik auf der anderen Seite erschallt der Ruf, die Kirchen mögen sich auf ihren „Markenkern“ konzentrieren. Was aber ist das Zentrale am Christentum? Was bedeutet es in der heutigen Gesellschaft, sich im christlichen Geist politisch zu engagieren? Für die Initiative „Christlich geht anders“ zeigt sich der Glaube an Jesus Christus wesentlich im Umgang mit den Benachteiligten und Ausgeschlossenen, mit denen sich Jesus identifiziert. Christlicher Glaube und der Einsatz für soziale Gerechtigkeit, Gottesliebe und Nächstenliebe gehören untrennbar zusammen. Die AutorInnen beleuchten, woran sich Christsein in Gesellschaft und Politik orientieren soll: in Form von Solidarität mit den Armen und Bedrängten im Sozialstaat, im couragierten Auftreten gegen Ausgrenzung und Angstmache, im Einsatz für ein starkes soziales Netz, in der Frage der Steuergerechtigkeit im Sinne des Gemeinwohls etc.

Die Initiative „Christlich geht anders“ vereint Menschen und Institutionen aus verschiedenen christlichen Kirchen. Sie ist 2016 in Wien entstanden und erhebt ihre Stimme für christliche Positionen in politischen Entscheidungen und Diskussionen.

Beiträge stammen aus der Feder von Jörg Alt SJ, Anja Appel, Margit Appel, Lydia Haider, Michael Hainz SJ, Franz Helm SVD, Thomas Hennefeld, Magdalena Holztrattner, Karl Immervoll, Markus Inama SJ, Gabriele Kienesberger, Josef P. Mautner, Regina Polak, Martin Schenk, Stephan Schulmeister und Rainald Tippow.

Die ruhigen Zeiten sind vorbei – ethische Standpunkte sind gefragt



Ingeborg Gabriel
ist Professorin für Sozialethik an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Wien. Sie ist Sonderbeauftragte der OSZE im Kampf gegen Rassismus, Xenophobie, Intoleranz und Diskriminierung vor allem gegen ChristInnen und Mitglieder anderer Religionen.

Steckt die Sozialethik in der Krise?

Krise ist das Schlagwort unserer Tage. Umwelt- und Klimakrise, eine nicht bewältigte Finanzkrise, Flüchtlingskrise, Krise der Arbeit, politische Krisen usw. Auch wenn heute meist mit leicht sensationslüsternem oder gar apokalyptischem Unterton davon ausgegangen wird, dass die Dinge sich nicht zum Guten wenden (können), eine Krise lässt eine Entwicklung hin zum Besseren oder Schlechteren zu. Eine Untergangsstimmung hat ihren Grund im immer brüchigeren Fortschrittsglauben. Sie zeigt eine grundsätzliche ethische Orientierungskrise.

Brauchen wir noch eine sozialethische Orientierung?

Ethik und vor allem auch eine christliche Sozialethik hat es mit der Frage nach dem Gerechten und Guten zu tun. Wo immer sich Menschen daran ausrichten, wird Hoffnung generiert und Gefühle der Ohnmacht und Resignation überwunden. Dies erscheint heute als eine zentrale Aufgabe auf Zukunft hin. Mit den oben genannten Krisen sind bereits die wichtigsten Tätigkeitsfelder heutiger Sozialethik angesprochen: Einsatz für die Erhaltung der Umwelt und den Schutz des Klimas, sowie eine ökologische Landwirtschaft, für eine vernunftgesteuerte, solidarische und demokratische Politik, für humane Arbeitsbedingungen, sowie für eine humane aber auch sich ihrer Grenzen bewussten Flüchtlings- und Integrationspolitik und last but not least eine stabile globale Finanzordnung. Die Liste ließe sich verlängern. Wozu eine Institution am besten beitragen kann, muss sie selbst entscheiden. Sozialethik ist, davon bin ich überzeugt, dringender als je gefragt in diesen Zeiten eines gewaltigen Umbruchs, der eine Ausrichtung an den Zielen von Gerechtigkeit und Frieden verlangt – auch wenn sie im Konkreten immer nur unvollständig verwirklicht werden kann.

Welche Eigenschaften braucht es dazu bei den AkteurInnen?

Mut und Selbstbewusstsein, die Fähigkeit, Kritik zu ertragen und Toleranz mit anderen Meinungen, die Fähigkeit, Realitäten verantwortlich einzuschätzen und vor allem den hoffnungstarken Glaube an das alte Wort *bonum diffusivum sui* – Das Gute verbreitet sich von selbst.

Macht mit Verantwortung



Bewegt Sie die Frage, wie und wofür Sie Ihre Gestaltungsmacht einsetzen?

Wollen Sie Ihr Führungshandeln reflektieren und sich als Führungspersönlichkeit weiterentwickeln?

Suchen Sie Denkanstöße und praktische Werkzeuge?

Der Lehrgang richtet sich an Frauen, die Werthaltungen in ihrer Führungsarbeit bewusst leben wollen und denen Wirksamkeit und die Zukunft ihres Verantwortungsbereichs am Herzen liegen.

3 Module:

23. - 24. Jänner 2020: **Verantwortlich führen**

12. - 13. März 2020: **Postheroisch führen**

2. - 3. April 2020: **Selbsbewusst führen**

Ort:

Bildungshaus St. Arbogast, Montfortstraße 88, 6840 Götzis

Anmeldung bis 20.12.2019:

Anika Knobel, 05523 / 62501-850, anika.knobel@arbogast.at

Weitere Informationen:

www.arbogast.at; www.ksoe.at/machtmitverantwortung

Lehrgang für
Frauen in Führungsfunktionen

„Den Grundstein
für unsere Zukunft
legen wir jetzt.“

S.3